

Ausschussmitglieder

Herr Sven Brödnö

Die Andere

entschuldigt

Gäste:

Frau Straßberger (Stadterneuerung)

Frau Rudolph-Henning (Grün- und Verkehrsflächen)

Herr Schenke (Grün- und Verkehrsflächen)

Herr Schenck (Grün- und Verkehrsflächen)

Herr Weise (Geschäftsstelle Bauen)

Herr Wolfram (Stadtentwicklung)

Herr Kalesse (Untere Denkmalschutzbehörde)

Herr Menzel (Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Kaminski (OBR Groß Glienicke)

Herr Mensch (GG – Rederecht zu TOP 3.3)

Herr Westphal (Deutscher Alpenverein e.V.- Rederecht zu TOP 3.4)

Niederschrift: Frau Kropp

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.08.2011 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 3.1 Groß Glienicke - Busing 4. und 5. Bauabschnitt: Seepromenade
(Wiedervorlage)
Vorlage: 10/SVV/0600
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

 - 3.2 Ausbau der Seepromenade Groß Glienicke (Wiedervorlage)
Vorlage: 10/SVV/0630
Fraktion SPD

 - 3.3 Straßenentwässerung Seepromenade nachhaltig und sparsam lösen
Vorlage: 11/SVV/0534
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW

- 3.4 Nutzung Parkhausfassade Schiffbauergasse
Vorlage: 11/SVV/0257
Gruppe Die Andere
Rücküberweisung neue Fassung
- 3.5 Wohnungsbauprojekt des VGS
Vorlage: 11/SVV/0522
Fraktion DIE LINKE
- 3.6 Unter Schutz Stellung der klassischen DDR-Architektur Schwimmhalle
Brauhausberg und Minsk
Vorlage: 11/SVV/0547
Fraktion BürgerBündnis
- 3.7 Parkraumbewirtschaftungskonzept
Vorlage: 11/SVV/0641
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 3.8 Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im
öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam
(Parkgebührenordnung)
Vorlage: 11/SVV/0642
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 3.9 Neubau einer Straßenbeleuchtungsanlage in Potsdam-Klein Glienicke "Am
Böttcherberg"
Vorlage: 11/SVV/0558
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 3.10 Sitzungskalender 2012
Vorlage: 11/SVV/0571
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV
- 3.11 Soziale Infrastruktur für die Wohnungsbau-Potenzialflächen im Bereich südlich
des Hauptbahnhofes
Vorlage: 11/SVV/0647
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Bericht über die Bereitstellung der Eigenmittel L 40
- 4.2 Straßenbeleuchtungsvorhaben mit Erhebung von Erschließungsbeiträgen nach BauGB in Potsdam, Industriegebiet Rehbrücke
"Am Bürohochhaus", im Abschnitt von Möbelhof bis Zum Heizwerk
FB Grün- und Verkehrsflächen
- 4.3 Straßenbeleuchtungsvorhaben mit Erhebung von Erschließungsbeiträgen nach BauGB in Potsdam, Industriegebiet Rehbrücke "Möbelhof"
FB Grün- und Verkehrsflächen
- 4.4 Straßenbeleuchtungsvorhaben mit Erhebung von Erschließungsbeiträgen nach BauGB in Potsdam "Albert-Einstein-Str.", im Abschnitt von Am Havelblick bis Heinrich-Mann-Allee
FB Grün- und Verkehrsflächen
- 4.5 Information zur Umsetzung des Beschlusses vom 05.12.2007 - 07/SVV/0838 -
Denkmalbeirat (auf Bitte der Fraktion Grüne/B 90)
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 4.6 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 26.05.11 bis 15.06.11, vom 16.06.11 bis 10.08.11, vom 11.08.11. 30.08.11 sowie
Beantwortung von Nachfragen aus der Sitzung vom 07.06.2011.
FB Stadtplanung und Bauordnung
- 5 Sonstiges

Nichtöffentlicher Teil

- 6 Information zu gefährdeten denkmalgeschützten Gebäuden (entspr. einer Bitte von Frau Hüneke)
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Kutzmutz.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.08.2011 / Feststellung der
öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. In diesem Zusammenhang verweist der Ausschussvorsitzende auf die Erhöhung der Anzahl der Ausschussmitglieder, begrüßt die neu hinzugekommenen Mitglieder und macht darauf aufmerksam, dass zur Erreichung der Beschlussfähigkeit künftig 6 Ausschussmitglieder anwesend sein müssen.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen vom 23.08.2011 bittet Herr Pfrogner unter dem TOP 3.7. Brauhausberg zu ergänzen: „Herr Peter Lehmann (Fraktion CDU) führte im Anschluss an die Reden von den Herren Piffrement und Gorgels aus, dass er das Gutachten eines renommierten Büros zur Schwimmhalle am Brauhausberg mit dem Ergebnis von 13 Mio. Euro bereits gesehen hat, aber inhaltlich nichts dazu sagen darf. Die Sanierungskosten von 13 Mio. Euro seien aus seiner fachlichen Sicht (... als Bauingenieur) sehr plausibel dargelegt.“.

Herr Lehmann widerspricht der Darstellung und bittet folgende Äußerung in das Protokoll aufzunehmen: „Die bisher angenommenen 9 Mio. basierten auf einem Gutachten aus dem Jahr 2008. Heute liegt ein neues Gutachten aus dem Jahr 2011 vor, mit ca. 13 Mio. €.“

Die Niederschrift wird einschl. der vorgebrachten Ergänzungen mit 7 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung informiert der Ausschussvorsitzende über folgende Anträge auf Rederecht:

Zum TOP 3.3 Straßenentwässerung Seepromenade nachhaltig und sparsam lösen 11/SVV/0534 von der Fraktion CDU/ANW für Herrn Mensch

Zum TOP 3.4 Kletterwand in der Schiffbauergasse 11/SVV/0257 vom Antragsteller (Fraktion Die Andere) für Herrn Sven Westphal v. Deutschen Alpenverein

Die Tagesordnungspunkte 3.1 bis 3.3, welche sich alle mit der Seepromenade in Groß Glienicke befassen, sollten gemeinsam behandelt werden. Der Ortsbeirat Groß Glienicke befasst sich ebenfalls heute mit dem Antrag 11/SVV/0534 (TOP 3.3, deshalb wird vorgeschlagen, die TOP'e 3.1 – 3.3 zeitlich etwas nach hinten zu verschieben und erst dann aufzurufen, wenn die entsprechende Mitteilung aus dem OBR vorliegt.

Frau Hüneke stellt den GO-Antrag, dass Herr Menzel den Antrag trotzdem zu Beginn der Sitzung einbringen darf, damit er anschließend an der Sitzung des OBR teilnehmen kann.

Die Mehrheit der Ausschussmitglieder spricht sich dafür aus.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.4 **Nutzung Parkhausfassade Schiffbauergasse**

Vorlage: 11/SVV/0257

Gruppe Die Andere

Rücküberweisung neue Fassung

Herr Westphal (Deutscher Alpenverein e.V.) nimmt das Rederecht wahr. Er informiert u.a., dass nach Möglichkeiten zur Weiterentwicklung der Klettertechniken gesucht wird. Hinsichtlich der finanziellen Lage könnten die Kosten für das Anbringen einer Kletterwand an das Parkhaus Schiffbauergasse in Höhe von ca. 200 T€ durch den Verein bezahlt werden und spricht hier die sinnvolle Ergänzung mit dem Kulturstandort an.

Frau Straßberger (Stadterneuerung) informiert, dass sich das betreffende Grundstück im Sanierungsgebiet Schiffbauergasse befindet und mit Fördermitteln im Zuge der Entwicklung der Sanierungsmaßnahme von der Stadt angekauft worden ist und sich somit im Treuhandvermögen befindet. Sanierungsziel für das Areal der Schiffbauergasse ist die Errichtung eines integrierten Kultur- und Gewerbestandortes. Im Zuge der städtebaulichen Planungen wurden kulturelle und gewerbliche Bereiche im Gebiet definiert. Auf dieser Basis erfolgte u.a. die Förderung für Infrastrukturmaßnahmen.. Das Grundstück ist als Gewerbebereich geplant und muss entsprechend den Förderbedingungen zum Verkehrswert veräußert werden. Im Falle der Abgabe des Grundstücks an den Alpenverein oder Verbleib bei der Stadt müsste die Stadt den fehlenden Grundstückserlös im Treuhandvermögen ausgleichen. Die Größe des Grundstücks beträgt ca. 600 m², der Preis ca. 200 – 300 € pro m². Die Nutzung als Kletterwand am Parkhaus wird durch den Kommunalen Immobilien Service (KIS) aus Sicherheitsaspekten/nicht greifender Versicherung abgelehnt. Jedoch habe der KIS angeboten, andere Flächen in der Stadt zu eruieren. Das Angebot hat der Alpenverein e.V. bisher nicht angenommen.

Frau Lehmann äußert, dass der KIS in Gesprächen den Sicherheitsaspekt nicht mehr in den Vordergrund gestellt habe und fragt, was mit dem Grundstück ab 2012 passiert. Frau Lehmann ergänzt auf die Frage zum benötigten Umfang der Flächeninanspruchnahme, dass davor 4 m Kiesbett erforderlich sei und von der Höhe die Kletterwand 1 m unter der Dachkante enden würde.

Frau Straßberger berichtet über das dem Verein unterbreitete Angebot einer Nutzung bis Ende 2011, welches dem Alpenverein e.V. am Beginn diesen Jahres schriftlich übermittelt worden ist. Darauf sei bisher keine Reaktion des Vereines erfolgt.

Herr Klipp teilt mit, dass die städtebaulichen Ziele aus dem Rahmenplan Schiffbauergasse hervorgehen. An dieser Stelle des Parkhauses ist eine Brandwand zum Anbau eines gewerblichen Neubaus vorgesehen. Die Kletterwand und ein Neubau schließen sich gegenseitig aus. Das Grundstück wird auf der Expo Real angeboten und danach ausgeschrieben.

Nach weiteren Äußerungen der Ausschussmitglieder bittet Frau Hüneke den Antrag zurück zu stellen.

Der Ausschussvorsitzende macht aufmerksam, dass es einen konkreten Antrag und ein Angebot an den Verein gibt, welches im Protokoll dieser Sitzung festgehalten wird. Deshalb sollte eine Trennung beider Sachverhalte erfolgen.

Frau Lehmann äußert, dass die Kontaktaufnahme mit Herrn Richter (KIS) bisher noch nicht erfolgen konnte. Aus ihrer Sicht sei es unwahrscheinlich ein anderes geeignetes Gebäude zu finden.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen:

1. ob ein dem Gesamtkonzept als Kulturstandort entsprechender Käufer/Nutzer für das Grundstück des Parkhauses Schiffbauergasse gefunden worden ist
2. welches Projekt dort in welchem Zeitraum durch wen mit welchem Investitionsvolumen geplant ist
3. ob dieses Projekt - mit Blick auf den von den Stadtverordneten beschlossenen Nutzungszweck des Areals Schiffbauergasse als in erster Linie Kulturstandort - aus kulturpolitischer Sicht einen höheren Stellenwert hat als die von uns beantragte Nutzung der in städtischem Eigentum befindlichen Parkhausfassade als offen zugängliche, kostenlos nutzbare und vom Deutschen Alpenverein (DAV) auf eigene Kosten zu errichtende und betreibende Kletterwand
4. wie die von der Bauverwaltung immer wieder als Hinderungsgrund gegen die Kletterwand vorgebrachte Sanierungssatzung dahingehend geändert werden kann, dass das Projekt Kletterwand doch noch durchgesetzt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2

Ablehnung: 2

bei diversen Stimmenthaltungen

Damit empfiehlt der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag abzulehnen.

zu 3.5 Wohnungsbauprojekt des VGS

Vorlage: 11/SVV/0522

Fraktion DIE LINKE

Herr Jäkel bringt den Antrag ein und informiert, dass er eben aus der Kleingartenkommission komme. Es sei keine aktuelle Sparte im Moment betroffen. 3 der im Pool befindlichen Ersatzflächen sind in der Prüfung.

Herr Kirsch hält dies für den falschen Weg.

Herr Lehmann teilt mit, dass er den Antrag ablehnen wird.

Herr Pfrogner weist auf die soziale Komponente hin.

Herr Wolfram (Stadtentwicklung) informiert, dass sich der Kreisverband Potsdam der Garten- und Siedlerfreunde e.V. (VGS) bereits im Mai 2011 an die Landeshauptstadt Potsdam gewandt habe. Darin wurde ein Tausch der Kleingartenflächen in Babelsberg mit städtischen Kleingartenersatzflächen vorgeschlagen, mit der Zielstellung, dass auf diesen Ersatzflächen eine Kleinsiedlung entstehen solle. Die Prüfung seitens der LHP ist erfolgt und dem VGS bereits im August 2011 mitgeteilt worden, dass keine Kleingartenersatzflächen dieser Größe im städtischen Eigentum für einen Tausch zur Verfügung stehen.

Möglicherweise gebe es Möglichkeiten auf Kleingartenersatzflächen in privatem Eigentum. Deshalb ist dem VGS in einem Schreiben vom August 2011 vorgeschlagen worden, ggf. auf die Eigentümer der Fläche am Schrägen Weg in Bornim zuzugehen. Die Eigentümer der Flächen in Bornim hatten sich an die Stadt gewandt, um eine Umwandlung der bisherigen Flächen in ein Ein-Familien-Haus-Gebiet zu erreichen. Diese Fläche hat knapp 60 Tm². Die Kleingartenkommission hat die Diskussion begonnen; eine Bauleitplanung wäre erforderlich.

Herr Teuteberg stellt den GO-Antrag, den Antrag 11/SVV/0522 für durch Verwaltungshandeln erledigt zu erklären.

Dafür und dagegen spricht niemand.

Abstimmung des GO-Antrages: 7/0/3

zu 3.6 Unter Schutz Stellung der klassischen DDR-Architektur Schwimmhalle Brauhausberg und Minsk

Vorlage: 11/SVV/0547

Fraktion BürgerBündnis

Herr Kirsch (als Antragsteller) zieht den Antrag zurück, da das Prüfergebnis zwischenzeitlich vorliegt.

zu 3.7 Parkraumbewirtschaftungskonzept

Vorlage: 11/SVV/0641

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Schenck (Grün- und Verkehrsflächen) bringt die Vorlagen Parkraumbewirtschaftungskonzept und Parkraumgebührenordnung (TOP 3.8) ein. Folgende Maßnahmen werden verfolgt:

- die Anpassung der Parkraumbewirtschaftsgrenzen
- die Neuordnung der Bewohnerparkzonen
- die Sonntagsbewirtschaftung im Innenstadtbereich
- die Erhöhung der Parkgebühren.

Herr Teuteberg stellt für die FDP-Fraktion folgende Änderungs-/Ergänzungsanträge:

a) Parkraumbewirtschaftungskonzept, hier: Mischparken

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Parkraumbewirtschaftungskonzept wird wie folgt ergänzt:

„Die Umsetzung des Punktes 5. Erhöhung der Parkgebühren unter denen im Konzept vorgeschlagenen Maßnahmen und Zielen erfolgt unter der Bedingung, dass, analog zu neu einzurichtenden Parkbewirtschaftungsbereichen, auch in bestehenden Bereichen Mischparken eingeführt wird.“

b) Parkraumbewirtschaftungskonzept, hier: Zentralität

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Parkraumbewirtschaftungskonzept wird wie folgt ergänzt:

„Die Umsetzung des Punktes 5. Erhöhung der Parkgebühren unter denen im Konzept vorgeschlagenen Maßnahmen und Zielen erfolgt unter der Bedingung, dass Potsdam eine Zentralität von 100 erreicht.“

Herr Heuer dankt für die Erarbeitung des Konzeptes, welches auf solider Datenbasis gründet. Seiner Meinung nach, würde das Mischparken für die Anwohner nicht funktionieren. Hier benennt er z.B. das Holländische Viertel; die Begrenzung auf das Parken für Anwohner sollte beibehalten werden. Vielmehr für problematisch hält Herr Heuer die vielen Schilder. Hier wäre die Vereinfachung der Zonierung hilfreich. Zusätzlich verweist er auf den ÖPNV als Ausweichmöglichkeit. Er geht davon aus, dass über den Kaufkraftgedanken keine Erziehung bewirkt wird.

Herr Jäkel spricht sich gegen die Vorlage aus. Die Anpassung der Gebietskulisse sollte von Fall zu Fall entschieden werden. Zur Vorlage Parkgebührenordnung kündigt er 2 Änderungsanträge an.

Herr Kirsch hält dagegen, dass die Möglichkeit für den Einkauf einen Parkplatz zu finden, die Attraktivität der Innenstadt erhöhen würde. Deshalb hält er eine Erhöhung der Parkgebühren für gut.

Frau Hüneke begrüßt die Tendenz und hält einen regelnden Eingriff für sinnvoll.

Herr Teuteberg erkundigt sich, weshalb in einem reinen Wohngebiet (Babelsberg-Süd) eine Parkraumbewirtschaftung erfolgen soll.

Herr Pfrogner spricht sich dafür aus, das kurzzeitige Parken (z.B. ½ Stunde) kostengünstig zu erlauben.

Herr Wiggert hinterfragt die Zielstellung der Ertragssteigerung.

Herr Dr. Gunold findet den eingeschlagenen Weg gut. Jedoch hält er für die Innenstadt eine andere Lösung für notwendig.

Herr Klipp greift die Frage von Herrn Wiggert auf und stellt dar, dass er sich mit dem Beigeordneten für Finanzen dahingehend verständigt habe, dass der Rückfluss der Einnahmen in die Straßeninstandhaltung gehen wird.

Herr Schenck berichtet, dass es in Babelsberg-Süd einen sehr begrenzten Parkraum gibt und verweist hier auf den Verdrängungseffekt der den Schutz der Anwohner erforderlich macht. Die Gebühr für das Anwohnerparken berechnet sich nach bundeseinheitlicher Gebührenordnung.

Herr Kutzmutz warnt davor, die Kaufkraft ins Gespräch zu bringen. Eine Bindung zwischen Kaufkraft und Parkraumbewirtschaftung sei schwierig vorstellbar.

Frau Hüneke hält die von Herrn Klipp angesprochene Koppelung mit dem Straßenunterhalt für eine gute Sache. Hier besteht in der Stadt Potsdam großer Nachholebedarf.

Die Änderungsanträge der Fraktion FDP werden zur Abstimmung gestellt:
Antrag Mischparken (sh. oben) - Abstimmung: 2/8/0 (damit abgelehnt)
Antrag Zentralität (sh. oben) - Abstimmung: 2/8/0 (damit abgelehnt)

Die unveränderte Vorlage 11/SVV/0641 wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Parkraumbewirtschaftungskonzept der Landeshauptstadt Potsdam als Grundlage zur Änderung der Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	8
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	0

zu 3.8 Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam

(Parkgebührenordnung)

Vorlage: 11/SVV/0642

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Diskussion - sh. TOP 3.7

Herr Jäkel stellt folgende Änderungsanträge:

1. Änderung in Punkt 3.1 Parkgebühren
neu: erste Viertelstunde = 0,25 €

Abstimmung: 3/6/1 (damit abgelehnt)

2. Änderung in Punkt 3.1
neu: je halbe Stunde = 0,50 € für Parkzeiten bis 3 Stunden
neu: für Parkzeiten größer 3 Stunden = je halbe Stunde =
1,00 €

Abstimmung: 5/5/0 (damit abgelehnt)

Die ungeänderte Vorlage 11/SVV/0642 wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Gebührenordnung für die Nutzung gebührenpflichtiger Parkplätze im öffentlichen Straßenland auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Potsdam (Parkgebührenordnung).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7
Ablehnung: 2
Stimmhaltung: 1

zu 3.9 Neubau einer Straßenbeleuchtungsanlage in Potsdam-Klein Glienicke "Am Böttcherberg"

Vorlage: 11/SVV/0558

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Schenck (Grün- und Verkehrsanlagen) bringt die Vorlage ein. Im Zuge der Anhörung der Baumaßnahme Erneuerung der Beleuchtung „Am Böttcherberg“ haben sich von 41 angehörten Eigentümern, hiervon 5 städtische Flurstücke, insgesamt 21 private Grundstückseigentümer gegen das Bauvorhaben ausgesprochen.

Nach Abwägung und pflichtgemäßem Ermessen sollte die Beleuchtungsanlage als beitragspflichtige Baumaßnahme erneuert werden.

Auf Nachfrage ergänzt Herr Schenck, dass den Anliegern mitgeteilt worden ist, dass der Straßenausbau in absehbarer Zeit nicht geplant ist.

Zur Frage von Herrn Kirsch, weshalb eine Nichtäußerung als Zustimmung gewertet wird, informiert der Ausschussvorsitzende, dass die Anwohner im Anschreiben darauf aufmerksam gemacht werden, dass eine Nichtäußerung als Zustimmung gewertet wird.

Der Ausschussvorsitzende verweist auf den letzten Satz der Vorlage, dass der Neubau der Straßenbeleuchtungsanlage aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht erforderlich sei.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Neubau der Straßenbeleuchtung in Potsdam- Klein Glienicke „Am Böttcherberg“ (Wannseestraße bis Tannenweg)

als beitragspflichtige Baumaßnahme nach dem Kommunalabgabengesetz.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2
Ablehnung: 2
Stimmenthaltung: 4

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Vorlage abzulehnen.

zu 3.10 Sitzungskalender 2012

Vorlage: 11/SVV/0571

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV

Herr Teuteberg verweist darauf, dass am 18.9. zeitgleich mit dem SB-Ausschuss der Ältestenrat tagt. Deshalb schlägt er die Verschiebung der Sitzung des SB-Ausschusses vom 18.9.11 auf den 25.9.11 vor.

Die Vorlage wird mit dieser Änderung zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Sitzungskalender 2012 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse.

Mit einer Änderung:

Das Sitzungsdatum SB-Ausschuss wird vom 18.9.12 auf den 25.09.12 verlegt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 10
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

zu 3.11 Soziale Infrastruktur für die Wohnungsbau-Potenzialflächen im Bereich südlich des Hauptbahnhofes

Vorlage: 11/SVV/0647

FB Stadtplanung und Bauordnung

Herr Wolfram (Stadtentwicklung) bringt die Mitteilungsvorlage ein. Die Stadtverwaltung hat für die Gesamtstadt sogenannte „Planungsräume“ abgegrenzt, für die kleinräumigere Bevölkerungsprognosen erstellt werden sollen. Damit können auch Veränderungen innerhalb der Gebiete besser vorhergesagt werden. Die Planungsräume ergänzen die bisherigen Sozialräume. Als weiteres Modul der zukünftigen Infrastrukturplanung plant die Verwaltung eine Analyse der Wege aller Kinder, die in Potsdam Kindertagesstätten und Grundschulen besuchen. Die Stadt erwartet sich von dieser Analyse u.a. genauere Erkenntnisse zu typischen Entfernungen zwischen Wohnung und Einrichtung. Diese Erkenntnisse sollen dann auch für die zukünftige Standortplanung verwendet werden.

Frau Hüneke spricht die Diskussion um die Wohnpotentialfläche Am Brunnen an.

Hr. Kutzmutz fragt zur Fläche „O“, der Erweiterung der Siedlung am Brunnen: Ihm lägen Schreiben von Bürgern vor, die eine Abholzung von 38 Hektar Wald befürchteten. Hr. Wolfram antwortet, das gesamte Plangebiet sei wesentlich kleiner, etwa die Hälfte ist im FNP-Entwurf bereits als Baufläche dargestellt.

Information der Verwaltung nach Prüfung im Nachgang der Sitzung für das Protokoll:

Die im Rahmen der Machbarkeitsstudie vorgeschlagene Ergänzungsfläche „Siedlung am Brunnen“ hat eine Größe von etwa 9 Hektar. Davon ist die Hälfte als Wohnbaufläche im FNP-Entwurf dargestellt, die andere Hälfte als Wald. Innerhalb der Waldfläche liegen zwei Garagenhöfe mit zusammen 0,5 Hektar. Eine Konkretisierung der Abgrenzung muss im Bauleitplanverfahren erfolgen.

Herr Pfrogner nimmt Bezug auf die Anlage 3 und stellt die Frage, wie die Potentialwerte ermittelt worden sind?

Herr Wolfram antwortet, dass dies von der bestehenden Planung abhängig sei.

Die Mitteilungsvorlage, die als Prüfergebnis in Umsetzung des Beschlusses 11/SVV/0030, vorgelegt worden ist, wird durch den Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen zur Kenntnis genommen.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Bericht über die Bereitstellung der Eigenmittel L 40

Herr Weise (Geschäftsstelle Bauen) verweist auf die den Teilnehmern als Tischvorlage ausgereichten Erläuterungen zur Nachtragssatzung 2011 des Bereiches Haushalt und KLR. Die Aufstellung der Nachtragssatzung war dringend erforderlich, da der prüffähige Fördermittelantrag bis zum 30.09.2011 gestellt werden muss. Bei den Deckungsvorschlägen handelt es sich in erster Linie um Verschiebungen.

Auf Nachfragen verschiedener Ausschussmitglieder macht Herr Weise auf den sich immer mehr verschlechternden Zustand der L 40 aufmerksam. Der Versuch, die Positionierung der LHP gegenüber dem Land hinsichtlich der Förderszenarien zu verbessern, scheiterte. Eine weitere Verschiebung der Maßnahme ist nicht möglich.

Herr Klipp erinnert an den von den Stadtverordneten beschlossenen haushaltsbegleitenden Beschluss, welcher forderte, ein Finanzierungskonzept vorzulegen. Bei der Haushaltsaufstellung 2011 sind noch Verhandlungen mit dem Land

- zum Baulastträgerwechsel
 - zur Erhöhung der Förderquote
 - und zur Kofinanzierung aus anderen Töpfen
- geführt worden.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

zu 3.1 Groß Glienicke - Busring 4. und 5. Bauabschnitt: Seepromenade (Wiedervorlage)

Vorlage: 10/SVV/0600

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen

Dieser TOP und die 2 folgenden TOP'e werden gemeinsam behandelt.

Frau Rudolph-Henning (Grün- und Verkehrsflächen) geht erinnernd auf die durchgeführten Anhörungen ein. Sie berichtet, dass in Verbindung mit den Vorschlägen und Hinweisen aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen und dem Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung eine Kompromissvariante erarbeitet wurde, auf deren Grundlage gem. „Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen und von Kostenersatz für Grundstückszufahrten der Landeshauptstadt Potsdam vom 19.05.2006“ eine erneute Anliegerbeteiligung durchgeführt wurde. Durch den teilweisen Verzicht von Neben- und Beleuchtungsanlagen, Modifizierung der Grundstückszufahrten und damit Reduzierung von erforderlichen Baumfällungen belaufen sich die Ausbaukosten (inkl. Planung) nach aktueller Kostenberechnung auf ca. 1.140 T€.

Das Ergebnis dieser 3. Anhörung stellt sich wie folgt dar:

Insgesamt wurden für 53 Flurstücke die Eigentümer angeschrieben.

36 Eigentümer sprachen sich gegen die Baumaßnahme aus (68 %),

3 Eigentümer sprachen sich für die Baumaßnahme aus (davon 2 LHP-Grundstücke) (6 %),

14 Eigentümer äußerten sich nicht zur Baumaßnahme (26 %)

Somit hat sich die Mehrheit (68%) der Beitragspflichtigen gegen die Baumaßnahme ausgesprochen.

Frau Rudolph-Henning teilt mit, dass sich die Ablehnungsgründe gegenüber der 2. Anhörung im Grunde nicht verändert haben.

- Erfordernis des grundhaften Ausbaus der Seepromenade nicht ausreichend nachvollziehbar begründet
 - ⇒ nur notwendige Reparatur- und Instandsetzungsmaßnahmen durchführen
 - ⇒ augenscheinlich sehr guter Fahrbahnzustand der Fahrbahndecke
- Errichtung des Regenwasserkanals mittels Vortriebssystem
- keine Verlegung von Haltestellen
- Rodung der Bäume
- Umfang der Maßnahme ist unverhältnismäßig, Kosten überzogen und nicht nachvollziehbar
- Herstellung des südlichen Gehwegs zwischen Hechtsprung und Richard-Wagner-Straße

Herr Klipp beantragt aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen sowohl die Begründung als auch den Teil der finanziellen Auswirkungen zur Vorlage 11/SVV/0600 auszutauschen (sh. den Ausschussmitgliedern heute bereits im Vorgriff auf die Sitzung per e-mail zugesandten Austauschseiten, welche zusätzlich auch als Tischvorlage ausgereicht werden).

Frau Hüneke hinterfragt die Verkehrssicherungspflicht.

Frau Rudolph-Henning erläutert, dass die Fahrbahndecke augenscheinlich intakt ist, jedoch die Regenentwässerung das Problem darstellt. Der Ausbau seitens des Straßenbaulastträgers, der für die Unterhaltung und Verkehrssicherheit der Verkehrsanlagen zuständig ist, ist unabdingbar und wird durch das Brandenburgische Straßengesetz (BbgStrG) begründet. Hier spricht sie die Erfordernisse der Sicherheit an. Ein wichtiges Kriterium hierbei ist die nicht gelöste Entwässerungsproblematik des auf der Fahrbahn anfallenden Niederschlagswassers. Dies führt, wie bei den Starkregenereignissen im Juni diesen Jahres, dazu, dass durch die fehlende Regenentwässerungsanlage anfallendes Oberflächenwasser durch die Schachtdeckel in den Schmutzwasserkanal gelangt, wofür dieser nicht bestimmt und ausgelegt ist. Es kommt somit zu einer Überlastung der Abwasserleitung. Über die Schachtabdeckungen tritt Mischwasser aus, welches ungereinigt in den Groß Glienicker See fließt, teilweise über private Grundstücke.

Herr Mensch (Groß Glienicker Bürger) nimmt das Rederecht wahr und vertritt die Auffassung, dass nicht die Regenentwässerung problematisch ist, sondern dass das Wasser von der Thälmannstraße kommt. Er habe bei Mitarbeitern der EWP mit der Auskunft nachgefragt, dass nicht das in der Seepromenade anfallende Oberflächenwasser das Problem sei, sondern das der Thälmannstraße. Weiterhin hätten die Mitarbeiter mitgeteilt, dass die Reinigung von vorhandenen Anlagen zu einem Großteil zu einer Entlastung führen würde.

Herr Schenke (Grün- und Verkehrsflächen) führt dazu aus, dass eine Unterhaltung der vorhandenen Mulden zwingend erforderlich ist, diese Maßnahmen jedoch nicht den Verzicht eines Regenwasserkanals in der Seepromenade zulassen.

Herr Menzel spricht sich als Alternative für eine dezentrale Versickerung aus.

Herr Kaminski (OBR Groß Glienicke) berichtet, dass es im OBR zum Antrag 11/SVV/0534 eine umfangreiche Diskussion gegeben hat und deutlich gemacht worden ist, dass eine ausschließliche dezentrale Versickerung von Seiten der Verwaltung als nicht ausreichend gesehen wird. Der OBR hat den Antrag 11/SVV/0534 mit 2/6/1 abgelehnt.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Ausbau der Seepromenade im Teilabschnitt von der Richard-Wagner-Straße bis zur Bergstraße als beitragspflichtige Baumaßnahme nach dem Kommunalabgabengesetz und der Satzung über die Erhebung von Beiträgen für straßenbauliche Maßnahmen und von Kostenersatz für Grundstückszufahrten der Landeshauptstadt Potsdam vom 19.05.2006 (Straßenausbaubeitragsatzung)

mit geänderter Begründung und geänderten finanziellen Auswirkungen (sh. Anlage)

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 2

Stimmenthaltung: 2

Herr Lehmann begründet seine Stimmenthaltung damit, dass der Ortsbeirat ein klares Votum für die Verwaltungsvorlage abgegeben hat.

zu 3.2 Ausbau der Seepromenade Groß Glienicke (Wiedervorlage)

Vorlage: 10/SVV/0630

Fraktion SPD

Sh. auch TOP 3.1.

Herr Klamke erklärt für die SPD-Fraktion, dass der Antrag 10/SVV/0630 durch Verwaltungshandeln erledigt ist. Der Antrag wird zurück gezogen.

Herr Lehmann erklärt für die CDU-Fraktion auch den Ergänzungsantrag vom 24.08.2010 zur DS 10/SVV/0630 als durch Verwaltungshandeln erledigt.

zu 3.3 Straßenentwässerung Seepromenade nachhaltig und sparsam lösen

Vorlage: 11/SVV/0534

Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW

Herr Menzel bringt den Antrag gleich im Anschluss an die Verständigung zur

Tagesordnung ein. Die weitere Behandlung erfolgt in der heutigen Sitzung nach Vorlage des Votums des Ortsbeirates Groß Glienicke.

Diskussion - sh. auch TOP 3.1

Die Abstimmung des Antrages 11/SVV/0534 erübrigt sich auf Grund der Beschlussempfehlung zur DS 10/SVV/0600.

zu 4.2 Straßenbeleuchtungsvorhaben mit Erhebung von Erschließungsbeiträgen nach BauGB in Potsdam, Industriegebiet Rehbrücke "Am Bürohochhaus", im Abschnitt von Möbelhof bis Zum Heizwerk
FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Schenck (Grün- und Verkehrsflächen) über die vorgesehene Maßnahme. Betroffen sind hier 7 Anlieger, die angehört worden sind:

- 2 Grundstückseigentümer sprachen sich gegen den Bau der Beleuchtungsanlage aus
- 5 Grundstückseigentümer äußerten sich nicht zu der Baumaßnahme

Somit spricht sich keine Mehrheit der angehörten Eigentümer gegen die Baumaßnahme aus, so dass vorgesehen ist, diese im III. Quartal 2011 umzusetzen.

Rückfragen seitens der Ausschussmitglieder erfolgen nicht.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen nimmt die Information zur Kenntnis.

zu 4.3 Straßenbleuchtungsvorhaben mit Erhebung von Erschließungsbeiträgen nach BauGB in Potsdam, Industriegebiet Rehbrücke "Möbelhof"
FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Schenck (Grün- und Verkehrsflächen) über die vorgesehene Maßnahme. Betroffen sind hier 9 Anlieger, die angehört worden sind:

- 2 Grundstückseigentümer sprachen sich gegen den Bau der Beleuchtungsanlage aus
- 7 Grundstückseigentümer äußerten sich nicht zu der Baumaßnahme

Somit spricht sich keine Mehrheit der angehörten Eigentümer gegen die Baumaßnahme aus, so dass vorgesehen ist, diese im III. Quartal 2011 umzusetzen.

Rückfragen seitens der Ausschussmitglieder erfolgen nicht.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen nimmt die Information zur Kenntnis.

zu 4.4 Straßenbeleuchtungsvorhaben mit Erhebung von Erschließungsbeiträgen nach BauGB in Potsdam "Albert-Einstein-Str.", im Abschnitt von Am Havelblick bis Heinrich-Mann-Allee

FB Grün- und Verkehrsflächen

Herr Schenck (Grün- und Verkehrsflächen) über die vorgesehene Maßnahme. Betroffen sind hier 24 Anlieger, die angehört worden sind:

- 8 Grundstückseigentümer sprachen sich gegen den Bau der Beleuchtungsanlage aus
- 15 Grundstückseigentümer äußerten sich nicht zu der Baumaßnahme
- 1 städtisches Grundstück = positives Votum

Somit spricht sich keine Mehrheit der angehörten Eigentümer gegen die Baumaßnahme aus, so dass vorgesehen ist, diese im III. Quartal 2011 umzusetzen.

Rückfragen seitens der Ausschussmitglieder erfolgen nicht.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen nimmt die Information zur Kenntnis.

zu 4.5 Information zur Umsetzung des Beschlusses vom 05.12.2007 - 07/SVV/0838 - Denkmalbeirat (auf Bitte der Fraktion Grüne/B 90)
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Herr Kalesse (Untere Denkmalschutzbehörde) bestätigt, dass die Bildung eines Denkmalbeirates bisher nicht erfolgt sei. Dies begründet sich darin, dass vom Zeitpunkt der Beschlussfassung bis heute verschiedene Regelungen erfolgt sind. So ist zwischenzeitlich die Pufferzonenregelung für das UNESCO-Welterbe in Kraft getreten, mit deren Hilfe die besonderen Anforderungen an den Umgebungsschutz geregelt werden. Die Bildung des Gestaltungsrates ist erfolgt, welcher sich erfolgreich mit der Neubauarchitektur für Potsdam auseinandersetzt und auch wiederholt mit den Problemen von zeitgenössischer Architektur in der Nähe von Denkmälern konfrontiert gewesen ist.

Mit diesen beiden Instrumentarien werden die denkmalpflegerischen Belange stärker berücksichtigt als zuvor.

Da der Denkmal(bei)rat nur zu Grundsatzfragen gehört werden soll, weil das laufende Geschäft der Verwaltung in einem derartigen Gremium nicht behandelt werden kann (Fristenregelung, Benehmensregelung mit dem BLDAM, etc.), stellt sich die Frage, ob die Notwendigkeit der Wahrung der Belange der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes durch die neu geschaffenen Möglichkeiten, diese zu berücksichtigen, inzwischen nicht hinreichend abgedeckt sind. Unbenommen bleibt es, die vorhandenen Ausschüsse für grundsätzliche Fragestellungen zu nutzen, wie bisher auch.

Grundsatzfragen werden vom Landesdenkmalbeirat Brandenburg gem. § 18 Denkmalschutzgesetz behandelt. Es ist nicht erkennbar, dass genügend grundsätzliche Fragestellungen bestehen, welche die Berufung eines derartig großen Gremiums (ca. 17 Mitglieder) den damit verbundenen Aufwand rechtfertigt. Herr Kalesse ergänzt, dass für den Gestaltungsrat zur Zeit jährlich 80.000 € für Geschäftskosten angesetzt werden. Ein Denkmal(bei)rat wäre kaum mit weniger Aufwand zu betreiben.

Möglicherweise könnte die Arbeit der Denkmalpflege in Form von Berichten transparenter gemacht werden.

Frau Hüneke stellt dar, dass die Denkmalpflegebelange von starkem öffentlichen Interesse sind. Einzelfragen, wie Abwägungen, die die Satzungsgebiete

betreffen, wäre ihrer Meinung nach ein Tatbestand für die Beiratsberatung. Auch Vorkommnisse, wie Abrisse von Denkmälern, sollten verhindert werden. Ferner könnte die Gestaltung von Dachgauben dort diskutiert werden.

Herr Klipp greift die von Herrn Kalesse angeführten geänderten Randbedingungen (Regelung Pufferzonen und Wirken des Gestaltungsrates) auf. Entgegen der Vorstellung von Frau Dr. von Kuick-Frenz im Juni 2008 beabsichtigt die Verwaltung zwischenzeitlich nicht mehr einen Denkmalbeirat zu bilden. Es gibt einen Landesdenkmalbeirat und einen Landeskonservator. Zudem verweist Herr Klipp darauf, dass beim Gestaltungsrat ganz bewusst der externe Sachverstand herangezogen wird. Fachleute zur Beurteilung des Aspektes Denkmalpflege gibt es bereits in der Unteren Denkmalpflegebehörde.

Verschiedene Ausschussmitglieder kritisieren das Verhalten der Verwaltung. Wenn die Verwaltung zwischenzeitlich hinsichtlich der Umsetzung des Beschlusses zu einer anderen Auffassung gekommen ist, hätte dies in Form einer Vorlage des Oberbürgermeisters in die Stadtverordnetenversammlung transportiert werden müssen.

Herr Kalesse verweist zudem auf den rechtlichen Aspekt, dass zur Behandlung von privaten Denkmälern im Denkmalbeirat immer auch das Einverständnis des Eigentümers erforderlich ist. Die Frage von Abrissen von Denkmälern stellt sich in Potsdam so gut wie gar nicht. Die Entscheidungen werden durch das Landesdenkmalpflegeamt gefällt.

Der Ausschuss hält abschließend an seiner Auffassung fest, dass bei Nichtumsetzung eines Beschlusses eine Information in Form einer Vorlage durch den Oberbürgermeister erforderlich ist. Der Ausschussvorsitzende wird ein formelles Anschreiben an den Oberbürgermeister richten.

zu 4.6 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 26.05.11 bis 15.06.11, vom 16.06.11 bis 10.08.11, vom 11.08.11. 30.08.11 sowie Beantwortung von Nachfragen aus der Sitzung vom 07.06.2011.
FB Stadtplanung und Bauordnung

Aus den 3 vorliegenden Listen wird in der nächsten Sitzung zu folgenden Vorhaben um Information gebeten:

- 2011-02131;; - 20 Sanierung und Umgestaltung der Matrosenkaserne der ehem. Matrosenstation, Schwanenallee 7B
- 2011-2133;; - 20 Antrag auf Überprüfung von baulichen Anlagen; Nutzungen oder; Bauarbeiten – hier: KITA Pfiffikus – Verlängerung der Nutzungsgenehmigung bis 31.12.2011, Pietscherstr. 14, 16
- 2011-02136;; - 20 Sanierung und Umgestaltung des Kapitänshauses der ehem. Matrosenstation, Schwanenallee 7A
- 2011-02139;; - 20 Errichtung eines Restaurants (Ventehalle Kongsnaes) mit angeschlossenem Funktionsgebäude als eingeschossiger Komplex, Schwanenallee 7
- 2011-02173;; - 20 Sanierung und Umgestaltung des Bootshauses mit Neubau –

- Anbau; der ehem. Matrosenstation, Schwanenallee 7
2011-02382;; - 36 Errichtung eines Bürogebäudes mit 63 Stellplätzen, Nedlitzer Str.
2011-02690;; - 20 Errichtung eines Parkhauses am Luftschiffhafen
2011-02726;; - 36 Errichtung von 4 Mehrfamilienhäusern mit 48 Wohnungen, August-Bonnes-Str.
2011-02936;; - 36 Errichtung eines Mehrfamilienwohnhauses (4 WE) mit 8 Stellplätzen, Seestr., Ludwig-Richter-Str.
2011-02937;; - 36 Errichtung eines Mehrfamilienhauses mit 84 Wohneinheiten; Haus 3, B-Plan Nr. 65 „Ruinenberg-Kaserne“, Kurt-Plettenberg-Str., Pappelallee
2011-02964;; - 03 Umbau des Einfamilienwohnhauses durch Teilabriss der; Eingangstreppe, R.-Breitscheid-Str. 180

Herr Beck (Bauordnung) informiert zu den in früheren Sitzungen nachgefragten Vorhaben und geht auf Rückfragen ein.

zu 5 Sonstiges

Herr Kirsch hinterfragt, wann die Baumaßnahme des Verkehrsbetriebes in der Berliner Straße beendet sein wird.

Die Verwaltung wird sich erkundigen und die Information als Protokollanlage zur Verfügung stellen.

Frau Hüneke greift die Diskussion zum Haus Dietz in der vergangenen Sitzung auf und informiert, dass sie ihren Schriftwechsel im Nachgang der Sitzung mit Herrn Paschke vom Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege sowie die Stellungnahme der Architektenkammer den Ausschussmitgliedern per e-mail zur Kenntnis zugeleitet hat.

Frau Hüneke bittet in der nächsten Sitzung um Information zum Ausbau des Europaradweges Zeppelin-/Kastanienallee.

Die Ausschussbetreuerin, Frau Kropp, informiert, dass die Vorstellung der Radverkehrsmaßnahmen 2012 für die Ausschusssitzung am 25.10.2011 vorgesehen ist. Hier könnte auch zur Frage von Frau Hüneke informiert werden.

Frau Hüneke stimmt dem Vorschlag zu.

Nichtöffentlicher Teil

- zu 6 Information zu gefährdeten denkmalgeschützten Gebäuden (entspr. einer Bitte von Frau Hüneke)**
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Herr Kalesse (Untere Denkmalschutzbehörde) informiert zu den nachgefragten denkmalgeschützten Gebäuden und geht auf Rückfragen der Ausschussmitglieder ein.

Rolf Kutzmutz
Ausschussvorsitzender

Viola Kropp
Niederschrift



Niederschrift

53. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen

Sitzungstermin:	Dienstag, 27.09.2011
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:40 Uhr
Ort, Raum:	Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Rolf Kutzmutz	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
--------------------	-----------	---------------------

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Klaus-Uwe Gunold	DIE LINKE	
Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	
Herr Pete Heuer	SPD	
Herr Volker Klamke	SPD	ab 18:10 bis 18:55 Uhr
Herr Hans-Peter Michalske	SPD	
Herr Peter Lehmann	CDU/ANW	
Herr Björn Teuteberg	FDP	ab 18:45 Uhr
Herr Sven Brödno	Die Andere	
Herr Wolfhard Kirsch	BürgerBündnis	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Andreas Menzel	Bündnis 90/Die Grünen
---------------------	-----------------------

sachkundige Einwohner

Frau Kerstin Beyer	Behindertenbeirat
Herr Dirk Kühnemann	Grüne/B90
Herr Steffen Pfrogner	DIE LINKE
Herr Norbert Potthast	SPD
Herr Wolfgang Schütt	CDU/ANW
Herr Christian Schirrholtz	Die Andere

Beigeordnete

Herr Matthias Klipp	Beigeordneter
---------------------	---------------

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Saskia Hüneke	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
--------------------	-----------------------	--------------

sachkundige Einwohner

Herr Dr. Timo Jacob
Frau Alexandra Wendeler
Herr Rudi Wiggert

DIE LINKE
FDP
SPD

entschuldigt
entschuldigt
nicht teilgenommen

Gäste:

Herr Kahle (Stadtplanung und Bauordnung)
Herr Lehmann (Stadterneuerung und Denkmalpflege)
Herr Ohst (Stadterneuerung)
Herr Voigt (Stadt-Land-Fluss, Büro für Städtebau und Stadtplanung Berlin, zum TOP 4.1)

Niederschrift:

Frau Kropp

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 13.09.2011 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 3.1 Aufstellung des B-Planes "Sport- und Freizeitfläche Sacrow" (Wiedervorlage)
Vorlage: 08/SVV/1118
Stadtverordnete Bankwitz und Kirsch, BürgerBündnis

- 3.2 Bebauungsplan Nr. 124 "Heinrich-Mann-Allee/Wetzlarer Bahn"
Aufstellungsbeschluss (Wiedervorlage)
Vorlage: 09/SVV/0549
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

- 3.3 Stadtteilmanagement für das Projekt Gartenstadt Drewitz (Wiedervorlage)
Vorlage: 10/SVV/0711
Fraktion CDU/ANW, Fraktion B90/Die Grünen

- 3.4 B- Plan Nr. 122 (Wiedervorlage)
sowie
B-Plan 122 "Kleingärten Babelsberg-Nord"
Vorstellung der aktuellen Entwicklungen und Tendenzen durch die Verwaltung

Vorlage: 10/SVV/1051
Fraktion DIE LINKE

- 3.5 Bebauungsplan SAN - P 12 "Blöcke 17 Süd und 23 Nord" Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: 11/SVV/0457
Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 3.6 Änderung B-Plan Nr. 37 B "Babelsberger Straße"
Vorlage: 11/SVV/0564
Fraktion DIE LINKE
- 3.7 Satzung über die Veränderungssperre im Bereich des Bebauungsplans "Nordufer Insel" (OT Neu Fahrland) der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 11/SVV/0595
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung und Ortsbeirat Neu Fahrland
- 3.8 Bebauungsplan Nr. 128 "Trebbiner Straße / Am Silbergraben" Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: 11/SVV/0596
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 3.9 Bebauungsplan Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" (OT Groß Glienicke), Beschluss zur Änderung des Geltungsbereichs, zur öffentlichen Auslegung sowie zur Erweiterung des Bereichs der Anordnung der Baulandumlegung
Vorlage: 11/SVV/0604
FB Stadtplanung und Bauordnung
(SB-A. ff) und Ortsbeirat Groß Glienicke
- 3.10 Alternativfinanzierung für soziale Projekte aus dem Programm "Soziale Stadt"
Vorlage: 11/SVV/0614
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Ergebnis 4. Werkstatt Gartenstadt Drewitz/Beteiligungskonzept Drewitz
FB Stadterneuerung und Denkmalpflege
- 4.2 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 31.08.2011 bis 14.09.2011 sowie Beantwortung von Nachfragen aus der Sitzung vom 13.09.11.

5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Eröffnung der Sitzung durch den Ausschussvorsitzenden, Herrn Kutzmutz.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 13.09.2011 / Feststellung der
öffentlichen Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kutzmutz, begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen vom 13.9.11 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 7 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung liegen 2 Bitten der Verwaltung vor:

- **Zurückstellung des TOP 3.6** Antrag der Fraktion DIE LINKE – Änderung B-Plan Nr. 37 B „Babelsberger Str.“ 11/SVV/0564 und gemeinsame Behandlung mit den beiden Anträgen (Einbringung STVV 28.9.11) 11/SVV/0679 Bebauungsplan Nr. 37 B "Babelsberger Straße", Teilbereich An den Nuthewiesen, Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung sowie 11/SVV/0718 Bebauungsplan Nr. 37 B "Babelsberger Straße", Teilbereich Friedrich-List-Straße, Aufstellungsbeschluss zur 2. Änderung

Herr Kutzmutz informiert aus der antragstellenden Fraktion, dass die Behandlung des Antrages 11/SVV/0564 heute erfolgen sollte. Die Intention des Antrages findet sich in den Vorlagen der Verwaltung wieder. Deshalb könne bei einem positiven Votum auf eine Überweisung der beiden Verwaltungsvorlagen 11/SVV/0679 und 11/SVV/0718 in den Ausschuss verzichtet und eine Direktabstimmung in der morgigen STVV vorgenommen werden.

Der Vorschlag der Verwaltung auf Zurückstellung des Antrages 11/SVV/0564 wird abgestimmt: 3/5/1 – damit abgelehnt.

- **Zum TOP 3.9** 11/SVV/0604 Bebauungsplan Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" (OT Groß Glienicke), Beschluss zur Änderung des Geltungsbereichs, zur öffentlichen Auslegung sowie zur Erweiterung des Bereichs der Anordnung der Baulandumlegung die **Vertagung** auf die

Sitzung SB-Ausschuss 25.10.11, Behandlung im KOUL-A. 20.10.11. Zu den v.g. Ausschusssitzungen wird, entsprechend der im KOUL-Ausschuss geäußerten Bitte, die Bereitstellung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange erfolgen.

Seitens der Ausschussmitglieder erfolgt kein Einwand.

Die TO wird mit 9/0/0 bestätigt.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Aufstellung des B-Planes "Sport- und Freizeitfläche Sacrow" (Wiedervorlage)

Vorlage: 08/SVV/1118

Stadtverordnete Bankwitz und Kirsch, BürgerBündnis

Herr Kirsch geht nochmals auf das Anliegen des Antrages (Sicherung einer Sport- und Freizeitfläche im Ortsteil Sacrow) aus dem Jahr 2008 ein.

Herr Kahle (Stadtplanung und Bauordnung) verweist auf die Problematik am Beispiel in Groß Glienicke, wo innerhalb der Siedlung eine Schulsportanlage möglich wäre, jedoch nicht der Freizeitsport.

Herrn Kirsch zieht namens seiner Fraktion den Antrag 08/SVV/1118 zurück.

zu 3.2 Bebauungsplan Nr. 124 "Heinrich-Mann-Allee/Wetzlarer Bahn" Aufstellungsbeschluss (Wiedervorlage)

Vorlage: 09/SVV/0549

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Herr Klipp informiert, dass auch diese Vorlage bereits aus dem Jahr 2009 ist und aufgrund der noch immer offenen Frage der Verlagerung der Tennisplätze zurück gestellt worden ist.

Herr Kahle (Stadtplanung und Bauordnung) ergänzt, dass eine entsprechende Fläche für die Einrichtung von Tennisplätzen vorgesehen ist. Trotz zäher Verhandlungen zwischen dem Tennisplatznutzer und dem Grundstückseigentümer ist bis zum heutigen Tage keine klare Zielstellung für die vorhandenen Flächen vorhanden. Dies reicht nicht aus, um einen Aufstellungsbeschluss zu fassen.

Auf Nachfragen verschiedener Ausschussmitglieder geht Herr Kahle ein.

Herr Heuer macht aufmerksam, dass der OBM im Hauptausschuss geäußert habe, dass für abschließende Gespräche und eine Entscheidungsfindung noch der Zeitraum bis Dezember 2011 benötigen wird.

Herr Lehmann stellt den GO-Antrag, den Antrag 09/SVV/0549 bis Dezember 2011 zurück zu stellen.

Abstimmung des GO-Antrages: einstimmig dafür.

**zu 3.3 Stadtteilmanagement für das Projekt Gartenstadt Drewitz (Wiedervorlage)
Vorlage: 10/SVV/0711**

Fraktion CDU/ANW, Fraktion B90/Die Grünen

Herr Lehmann als Antragsteller bestätigt, dass hier bereits viel auf den Weg gebracht worden ist. Die DS 10/SVV/0879 Bürgerbeteiligung Gartenstadt Drewitz ist bereits erfüllt und bittet jetzt um Zustimmung zum Antrag 10/SVV/0711.

Herr Lehmann (Stadterneuerung und Denkmalpflege) bestätigt, dass es sich bei dem Projekt Gartenstadt Drewitz um eine anspruchsvolle Aufgabe hinsichtlich der Organisation des Projektes als Ganzes als auch hinsichtlich dem hohen Anspruch an Beteiligung und Öffentlichkeitsarbeit handelt. Anhand einer Folie (sh. Anlage) gibt er detaillierte Erläuterungen zur künftigen Struktur der Projektsteuerung Drewitz und kündigt die Vorlage des Umsetzungskonzeptes in Kürze an.

Aus Sicht der Verwaltung sollte der Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt betrachtet werden.

Herr Lehmann als Antragsteller erklärt den Antrag als durch Verwaltungshandeln erledigt. Herr Menzel schließt sich der Erklärung für die mitantragstellende Fraktion an.

**zu 3.4 B- Plan Nr. 122 (Wiedervorlage)
sowie
B-Plan 122 "Kleingärten Babelsberg-Nord"**

**Vorstellung der aktuellen Entwicklungen und Tendenzen durch die
Verwaltung**

Vorlage: 10/SVV/1051

Fraktion DIE LINKE

Herr Kahle (Stadtplanung und Bauordnung) berichtet, dass die Kleingartenkommission am 13.9.2011 u.a. zu dieser Thematik getagt hat. Hauptgegenstand war, dass für das Gebiet nördlich planungsrechtliche Baurechte bestehen und bereits bei zwei Grundstücken Vorhaben gemäß § 15 BauGB zurück gestellt worden sind, die sich im Widerspruch zu den bisher formulierten Planungszielen für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes befinden. Für den Erhalt von Kleingärten auf diesen Flächen besteht kein Erfordernis, so dass die Kleingartenkommission der Reduzierung des räumlichen Geltungsbereiches zugestimmt hat (Das Protokoll der Kleingartenkommission wird als Anlage beigefügt).

Herr Jäkel bestätigt, dass sich die Kleingartenkommission mehrmalig mit dieser Thematik befasst habe, einschl. der Durchführung eines Ortstermines. Die Kleingartenkommission ist übereinstimmend der Auffassung gefolgt, eine Veränderung des Geltungsbereiches vorzunehmen, um dann den Geltungsbereich als Ganzes zu entwickeln.

Herr Heuer fragt nach, ob es die Zustimmung aus der Sparte Glienicker Winkel zu diesem Vorgehen gibt. Dies wird von der Verwaltung bejaht.

Die im Antrag 11/SVV/1051 enthaltene Terminstellung März 2011 ist hinfällig, **der Antrag wird in der kommenden Sitzung nochmals aufgerufen**, um der Verwaltung die Gelegenheit zu geben, einen realistischen Termin zu benennen.

zu 3.5 Bebauungsplan SAN - P 12 "Blöcke 17 Süd und 23 Nord" Beschluss zur öffentlichen Auslegung

Vorlage: 11/SVV/0457

Oberbürgermeister, FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Herr Lehmann (Stadterneuerung und Denkmalpflege) bringt die Vorlage ein und gibt Erläuterungen anhand eines Planes (wird dem Protokoll als Anlage beigefügt).

Diskussionsbedarf besteht nicht.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Abwägungsvorschläge der Verwaltung zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und zur Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gebilligt (s. Anlage 1)
2. Den Entwurf des Bebauungsplanes SAN – P 12 „Blöcke 17 Süd und 23 Nord“ gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen (s. Anlage 2).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

zu 3.6 Änderung B-Plan Nr. 37 B "Babelsberger Straße"

Vorlage: 11/SVV/0564

Fraktion DIE LINKE

Herr Menzel bringt folgenden Ergänzungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen ein:

„Das Bauvolumen soll bezogen auf das gesamte Areal des ehemals Potsdam-Center genannten Gesamtvorhabens durch das Vorhaben der ILB nicht steigen. Die im Baufeld ILB avisierte Steigerung soll am Hochhausbau östlich des Kreisverkehrs kompensiert werden. Die Verwaltung wird beauftragt, dem SB-Ausschuss im November zu berichten, wie viel das ausmacht, damit der entsprechende Wohnraum an anderer Stelle in der Innenstadt geschaffen werden kann. Ist das wegen schon vergebener Baurechte nicht möglich, ist das Volumen an anderer Stelle im Areal zu kompensieren.“

Herr Kahle (Stadtplanung und Bauordnung) betont, dass das was geändert werden soll die Art der Nutzung ist und nicht das Maß der Nutzung.

Herrn Lehmann nimmt Bezug auf den 1. Beschlusspunkt des Antrages 11/SVV/0564 (Für die gesamte in der Kerngebietsfläche MK 1.2 zulässige Geschossfläche für die allgemein zulässigen "Wohnungen für Senioren, Behinderte und sonstige zu betreuende Personengruppen" ist an anderer, bisher nicht für die Wohnnutzung vorgesehener Stelle im Plangebiet vollständig Ersatz zu schaffen.)
und fragt die Verwaltung, ob dies erfüllt wird.

Herr Klipp bestätigt es grundsätzlich.

Herr Heuer bemängelt den zeitlichen Ablauf der Behandlung dieses Antrages und der angekündigten Verwaltungsvorlagen zum B-Plan Nr. 37 B „Babelsberger Str.“
Zu den einzelnen Punkten des Antrages äußert er:

- zu 1. - geht die Verwaltung lt. Zusage schon weiter
- zu 2. – sieht er keine Notwendigkeit
- zu 3. – fragt er nach, was vorgesehen ist.

Herr Klipp informiert dass die ILB Auslober des Wettbewerbs sein wird und das Verfahren maßgeblich bestimmt.

Herr Kirsch stellt den GO-Antrag, die Behandlung des Antrages 11/SVV/0564 bis zur gemeinsamen Behandlung mit den Verwaltungsvorlagen zu vertagen.
Dafür spricht niemand, dagegen ebenfalls nicht.
Abstimmung des GO-Antrages auf Vertagung: 6/3/2

zu 3.7 **Satzung über die Veränderungssperre im Bereich des Bebauungsplans "Nordufer Insel" (OT Neu Fahrland) der Landeshauptstadt Potsdam**

Vorlage: 11/SVV/0595

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
und Ortsbeirat Neu Fahrland

Herr Kahle (Stadtplanung und Bauordnung) bringt die Vorlage ein. Um ein Baugesuch zurückstellen zu können, schlägt die Verwaltung zur Sicherung der Planungsziele vor, eine Veränderungssperre zu beschließen. Herr Kahle gibt Erläuterungen an Hand des Planes.

Herr Kirsch erkundigt sich, ob Mittel zur langfristigen Planung und den Erwerb vorhanden sind?

Herr Kahle informiert, dass es hier nicht um die Sicherung/Herstellung des Uferweges gehe, sondern um eine angemessene Freihaltung der Uferzone zum Schutz von Natur und Umwelt. Der Erlass einer Veränderungssperre kann eine Verhandlungshilfe gegenüber dem Bauwilligen sein, das Bauvorhaben zu überdenken.

Der Ortsbeirat Neu Fahrland wollte der Veränderungssperre nicht zustimmen. Dies unter dem Aspekt, keine zu scharfen Instrumente wählen zu wollen; spricht sich jedoch trotzdem für den Uferbereich aus.

Der Ausschussvorsitzende fasst zusammen, dass der Ortsbeirat sich für eine weichere Variante ausgesprochen hat, jedoch von Seiten der Verwaltung mitgeteilt worden ist, dass die weichere Variante (Verhandlung mit dem Bauwilligen) nicht zu dem gewünschten Ziel geführt hat.

Die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Satzung über die Veränderungssperre im Bereich des Bebauungsplans „Nordufer Insel“ (OT Neu Fahrland) der Landeshauptstadt Potsdam gemäß § 14 BauGB gemäß Anlagen 1 und 2.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 2

zu 3.8 Bebauungsplan Nr. 128 "Trebbiner Straße / Am Silbergraben" Beschluss zur öffentlichen Auslegung

Vorlage: 11/SVV/0596

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Herr Kahle bringt die Vorlage ein.

Herr Lehmann stellt folgenden Änderungsantrag und erläutert diesen:

1. Die private Grünfläche, Flurstück 1428, Flur 8, wird in WA umgewandelt
2. Die Gewerbefläche 3 wird in eine MI-Fläche geändert.

Nach kurzer Diskussion zu den von Herrn Lehmann vorgebrachten Änderungsanträgen wird gebeten, folgende Aussage von Herrn Kahle im Protokoll festzuhalten: „Wenn Regelungen nach § 34 BauGB regelbar sind, dann ist ein aufwändiger B-Plan nicht erforderlich“.

Herr Lehmann zieht daraufhin den 1. Änderungsantrag zurück.

Hinsichtlich des 2. Änderungsantrages von Herrn Lehmann erläutert Herr Kahle, dass auf dieser gewerblichen Fläche die gewerbliche Nutzung ermöglicht werden soll. Die Notwendigkeit für die Gewerbefläche geht aus dem STEK Gewerbe hervor. Dies ist durch die STVV mit der Zielstellung beschlossen worden, weitere gewerbliche Flächen zu sichern. Hier handelt es sich um eine andere Qualität als

bei Gewerbeflächen im Innenstadtbereich.

Herr Klipp ergänzt, dass die Verwaltung der Umwandlung der Gewerbefläche in Mischgebiet nicht folgen wird.

Herr Kahle verweist auf die formelle Seite. Sollte dem Antrag von Herrn Lehmann auf Umwandlung der Gewerbefläche in Mischfläche gefolgt werden, müsse eine nochmalige Behördenbeteiligung erfolgen. D.h. die Vorlage müsse zurückgezogen werden.

Herr Klipp bittet zu beachten, dass es sich hier um den Beschluss zur öffentlichen Auslegung handelt. Das Ergebnis der öffentlichen Auslegung wird den Stadtverordneten vorgelegt werden.

Nach weiteren kurzen Äußerungen der Teilnehmer wird folgender Änderungsantrag von Herrn Lehmann zur Abstimmung gestellt:
„Die Gewerbefläche 3 wird in eine MI-Fläche geändert.“
Abstimmung: 1/5/3 – damit abgelehnt.

Die Vorlage 11/SVV/0596 wird in ungeänderter Fassung zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 128 „Trebbiner Straße/Am Silbergraben“ ist gemäß § 1 Abs. 8 i. V. m. § 2 Abs. 1 BauGB zu ändern (s. auch Anlage 1).
2. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 128 „Trebbiner Straße / Am Silbergraben“ ist gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen (s. Anlagen 1 und 2).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 3

**zu 3.9 Bebauungsplan Nr. 21 "Potsdamer Chaussee" (OT Groß Glienicke),
Beschluss zur Änderung des Geltungsbereichs, zur öffentlichen Auslegung
sowie zur Erweiterung des Bereichs der Anordnung der Baulandumlegung
Vorlage: 11/SVV/0604**

Zurück gestellt - Wiedervorlage im SB-Ausschuss am 25.10.2011

zu 3.10 Alternativfinanzierung für soziale Projekte aus dem Programm "Soziale Stadt"

Vorlage: 11/SVV/0614

FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Herr Lehmann (Stadterneuerung und Denkmalpflege) gibt ergänzende Erläuterungen zur vorliegenden Mitteilungsvorlage. Er bittet zu beachten, dass das Förderprogramm der Behebung von städtebaulichen Missständen dient und keine Subventionierung der einzelnen Einrichtungen darstellt.

Seitens der Ausschussmitglieder erfolgen keine Nachfragen.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen nimmt die Mitteilungsvorlage 11/SVV/0614 zur Kenntnis.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Ergebnis 4. Werkstatt Gartenstadt Drewitz/Beteiligungskonzept Drewitz

FB Stadterneuerung und Denkmalpflege

Herr Klipp informiert einleitend und gibt das Wort an Herrn Voigt (Stadt Land Fluss, Büro für Städtebau und Stadtplanung Berlin) weiter.

Anhand einer Präsentation (sh. Anlage zum Protokoll) gibt Herr Voigt detaillierte Informationen zum durchgeführten Verfahren und den erreichten Stand. Die Kooperationsvereinbarung wird heute schlussverhandelt und in den Umsetzungsbeschluss eingebracht werden.

Das Eckpunktepapier ist im Moment in der Abstimmung und wird nach außen kommuniziert. Zum Beispiel am 1. November 2011 bei einer Bürgerversammlung.

Auf verschiedene Rückfragen, so u.a. zur Form und Finanzierung der offenen Mieterberatung wird seitens der Verwaltung eingegangen.

Herr Jäkel bittet hinsichtlich des Aspektes Verkehrsbewältigung um die zusätzliche Ausreichung einer Konzeptkarte Verkehrserschließung als Anlage zum Protokoll.

Herr Ohst (Stadterneuerung) berichtet, dass das Beteiligungskonzept parallel zum Werkstattverfahren läuft und geht auf die Herangehensweise und den Inhalt näher ein. Es ist vorgesehen, das Beteiligungskonzept bis Ende des Jahres der Stadtverordnetenversammlung vorzulegen. Auf Rückfragen geht Herr Ohst ein.

zu 4.2 Verständigung zur Liste der Vorbescheidsanträge/Bauanträge vom 31.08.2011 bis 14.09.2011 sowie Beantwortung von Nachfragen aus der Sitzung vom 13.09.11.

FB Stadtplanung und Bauordnung

Aus der vorliegenden Liste wird in der nächsten Sitzung zu folgenden Vorhaben um Information gebeten:

2011-03115;; -36 Umbau und Sanierung des Mehrfamilienhauses Leiblstr. 11

2011-03119;; -36 Vorbescheid: verschiedene Fragen zur Bebaubarkeit eines Grundstücks; An der Pirschheide

2011-03138;;-03 Nutzungsänderung der Einliegerwohnung in eine privatärztliche Praxis, Domstr. 18A

Herr Beck (Bauordnung) informiert zu den in der vergangenen Sitzung nachgefragten Vorhaben und geht auf Rückfragen ein.

zu 5 Sonstiges

keine

Rolf Kutzmutz
Ausschussvorsitzender

Viola Kropp
Niederschrift